

Provinzwahlen 2009 im Irak: Die Bürger bestrafen schlechte Machtausübung und konfessionelle Politik an der Urne

Von Doreen Khoury

Zusammenfassung

Am 31. Januar 2009 fanden in vierzehn der achtzehn Provinzen des Irak die zweiten Wahlen seit dem Ende des Baath-Regimes im Jahr 2003 statt. Die Provinzwahlen 2005 hatten eine starke Unterstützung für konfessionell und ethnisch basierte Parteien ergeben, was bereits auf eine Eskalation von Spannungen und Gewalt in den folgenden drei Jahren hindeutete. Zusätzlich führte ein weit verbreiteter Boykott der sunnitischen Araber zu unausgewogenen und nicht repräsentativen Provinzkörperschaften, die die allgemeine Marginalisierung des Volkes im Prozess der Staatsbildung in der Nachkriegszeit reflektierte und zum Anstieg konfessioneller Gewaltanwendung und islamistischen Terrors beitrug. Überdies führte die Amtsausübung der konfessionellen Parteien auch zu Missmanagement, Korruption und Nepotismus. Das Resultat ist ein genereller Niedergang der Beliebtheit dieser Parteien und partikularistischer Ansätze im Allgemeinen und steigende Unterstützung für die Zentralregierung in Bagdad und ihre Versuche, die staatliche Gewalt im Irak zu stärken.

Die Provinzwahlen 2009 scheinen diese Veränderung in der politischen Landschaft zu bestätigen, bei denen Premierminister Nouri al Maliki und seine in der Schia verwurzelte, aber in jüngster Zeit für einen nationalen Diskurs und eine Bündnisstrategie eintretende Da'wa-Partei als Sieger hervorgingen. So gewann die von Maliki unterstützte „Rule of Law“-Liste wichtige Provinzen wie Bagdad und Basra, und auch kleinere säkularistische Gruppen legten zu, während das Islamic Supreme Council of Iraq (ISCI), die größte schiitische Partei im Parlament, und das von dem radikalen Schiitenkleriker Muktada al Sadr geführte

Sadrism Movement erhebliche Rückschläge hinnehmen mussten. Dies gilt auch für die Iraqi Islamic Party, die größte sunnitische Partei im Parlament. Malikis Erfolg deutet auch auf den Niedergang des föderalistischen Projekts unter den *arabischen* Irakern hin (in den überwiegend kurdischen Provinzen wird im Mai gewählt), das vom ISCI und der in Basra beheimateten Fadhila-Partei befürwortet wird, wie auch von den beiden Parteien, die die Kurdistan Alliance bilden.

Es ist von Bedeutung, dass die Wahlergebnisse nicht nur auf eine Bewegung weg von politischem Sektierertum hindeuten, sondern auch darauf, dass die Bürger des Irak beschlossen haben, schlechte Machtausübung an den Urnen abzustrafen. Dies wird die neuen Räte zwingen, mit mehr Transparenz und Verantwortlichkeit zu agieren.

Angesichts der Quantität und Qualität des konfessionellen und ethnischen Chaos der letzten drei Jahre ist es beeindruckend, dass die Iraker nicht bereit sind, Politikern, die hauptsächlich (oder ausschließlich) auf die „Verteidigung“ ihrer ethno-konfessionellen Gemeinschaft setzen, Freibriefe auszustellen. Bezeichnend ist auch, dass diese Wahlen mit minimaler Unterstützung der von den USA geführten Koalitionskräfte abgehalten wurden und somit bewiesen, dass die Iraker in der Lage sind, landesweite Wahlen selbst zu organisieren und für die Sicherheit selbst verantwortlich zu sein.

Im Folgenden werden die wichtigsten Merkmale dieser Wahlen zusammengefasst. Die Schwerpunkte liegen dabei auf den bedeutendsten politischen Parteien, dem Verlauf der Wahlen sowie dem Versuch einer ersten Einschätzung der Resultate und ihrer Auswirkungen auf den Irak. Als Quellen dienen hauptsächlich irakische Zeitungen und Fernsehsender, Berichte irakischer Nichtregierungsorganisationen und die Website der Independent Higher Electoral Commission of Iraq (IHEC) sowie wichtige Berichte von Expertenkommissionen (Think-tanks) und Zeitungen der westlichen Welt. Es ist anzumerken, dass die IHEC nur vorläufige Resultate freigegeben hat und Sitze in den neuen Provinzversammlungen erst zugewiesen werden, wenn die

Endergebnisse bekannt sind. Eine umfassende Hintergrundanalyse zu den Wahlen und den früheren Provinzräten bietet der letzte Bericht der International Crisis Group über den Irak.¹ Er enthält eine fundierte Analyse der Leistungen der früheren Provinzräte.

Das Gesetz zu den Provinzwahlen aus dem Jahr 2008²

Das 2008 erlassene Gesetz zu den Provinzwahlen veränderte das Wahlsystem von einer geschlossenen Liste zu einem offenen Listensystem, das vier Möglichkeiten bot: 1) Einzelne Kandidaten zu benennen, 2) sowohl eine Liste als auch einen Kandidaten dieser Liste auszuwählen, 3) nur für einen Kandidaten zu stimmen oder 4) für einen Kandidaten zu stimmen, der für einen Sitz einer Minderheit kandidiert.³ Die Parteien werden im Provinzrat entsprechend der Prozentzahl ihrer Stimmen repräsentiert, doch die Sitze werden den Kandidaten mit den meisten Stimmen zugeteilt (und nicht entsprechend ihrer Position auf der Parteiliste). Dieses System begünstigt hauptsächlich große Parteien und beliebte Listenkandidaten.⁴ Insgesamt konkurrierten 14.431 Kandidaten um 440 Sitze, mit der gesetzlichen Auflage, dass jeder dritte Sitz auf einer Wahlliste an eine Frau gehen muss. Wie viele Sitze am Ende tatsächlich an Frauen gehen, bleibt abzuwarten. Bezeichnenderweise enthält das Wahlgesetz einige Verbote bezüglich der Verwendung religiöser Symbole bei Wahlkampagnen. Obwohl mehr als 440 Parteien um die 444 Sitze stritten, hatte der Wahlkampf zumeist die Züge eines interkonfessionellen Wettstreits zwischen den bedeutendsten schiitischen Parteien (ISCI, Da'wa-Partei und Sadrist Movement) und den sunnitischen Gruppen (Iraqi Islamic Party, Awakening Councils und andere

¹ ICG, *Iraq's Provincial Elections: The Stakes*, Middle East Report 82, 27. Januar 2009; <http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=5883&l=1>.

² Siehe www.ihec.ig, die Website der Independent Higher Electoral Commission of Iraq.

³ Gilt nur für Ninewa, Bagdad und Basra.

⁴ Dies war bei dieser Wahl in der Tat der Trend in allen Provinzen, mit der einzigen Ausnahme von Karbala (siehe unten).

kleinere Gruppen) sowie in einigen Provinzen zwischen arabischen und kurdischen Parteien.

Die Independent Higher Electoral Commission

Die Provinzwahlen wurden organisiert von der Independent Higher Electoral Commission (IHEC), der unabhängigen Wahlkommission, in Koordination mit dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR). Dieser unterstützte die IHEC bei der Organisation der Wahlen für die etwa 2,8 Millionen innerhalb des Landes Vertriebenen. Regionale Wahlleiter wurden 2008 von der United Nations Assistance Mission to Iraq" (UNAMI) ausgebildet. Die IHEC hat bei den meisten politischen Parteien des Irak einen im Allgemeinen positiven Ruf. Allerdings berichteten, wie unten erwähnt, lokale Wahlbeobachter und Zeitungen von zahlreichen administrativen Unregelmäßigkeiten sowie von Befangenheit einiger IHEC-Beamter.

Die hauptsächlichen Beteiligten

Die irakischen Provinzwahlen des Jahres 2009 demonstrieren die wachsenden Risse innerhalb der United Iraqi Alliance, dem schiitischen Block (bestehend hauptsächlich aus dem Islamic Supreme Council of Iraq, der Da'wa-Partei, dem Sadrist Movement und der Fadhila-Partei), der 2005 die Parlamentswahlen gewann und eine der wesentlichen Säulen der derzeitigen Regierungskoalition bildet. Nicht überraschend kandidierten 2009 alle Parteien unabhängig voneinander und konkurrierten aktiv um die Vorherrschaft in den bedeutenden Provinzen. Einer der Hauptstreitpunkte ist Premierminister Nouri Malikis Haltung gegen eine zunehmende Föderalisierung des Irak, welche ISCI, Fadhila und die kurdischen Parteien befürworten. Infolgedessen sind auch die Spannungen

zwischen Maliki und seinen kurdischen Partnern in der Regierungskoalition gewachsen; sie bezichtigten ihn und die Zentralregierung der „Diktatur“ und drohten, ihm das Vertrauen zu entziehen. Maliki seinerseits beschuldigte die Kurden, die Verfassung zu überschreiten.⁵

Die Annahme erscheint sinnvoll, dass eine derart starke Kontroverse zu Malikis Erfolgen bei den arabischen Irakern beitrug, die um die Einheit des Landes fürchten, und vor allem bei den arabischen Sunniten, die eine Föderalisierung massiv ablehnen. Auch sein Vorgehen gegen die Mahdi-Armee in Sadr City 2008 trug sehr zu seiner Popularität bei den Sunniten bei, während die Verhaftung einiger Führer der Awakening Councils schiitische Befürchtungen eines Wiederauflebens der sunnitischen Herrschaft dämpften. Ferner zog Maliki Nutzen aus seiner Unterzeichnung des US-Iraq Status of Forces Agreement (SOFA) – in dem erstmals ein definitives Datum für den Abzug aller ausländischen Streitkräfte festgesetzt wird (Ende 2011) -, der Verbesserung der Sicherheitslage und seinem Eintreten für eine starke Zentralregierung, um sich selbst als *nationalen* Führer zu präsentieren, der in der Lage ist, das Land zusammenzuhalten und die Integrität seiner Institutionen wiederherzustellen – wie der Name seiner Wahlliste treffend nahe legt.

Infolgedessen benutzte die Rule-of-Law-Koalition in ihrem Wahlkampf hauptsächlich Malikis Image und, anders als das ISCI, nicht die Religion, sondern konzentrierte sich auf essenzielle Dienstleistungen wie etwa Wasser und Elektrizität⁶ - und ermöglichte bei der Wahl somit effektiv ein Referendum über seine Amtsführung.⁷ Diese wenngleich gewagte Strategie scheint sich ausgezahlt zu haben, lieferte sie Maliki doch den entscheidenden Impuls und die Legitimität hinsichtlich der Stärkung der Zentralregierung und einer Basis lokaler

⁵ „Maliki’s progress signals a move away from religious identity“, Zeitung *Al Hayat*, 2. Februar 2009; http://www.daralhayat.com/arab_news/levant_news/02-2009/Article-20090205-47d8a8c1-c0a8-10ed-016d-304646bff25e/story.html

⁶ „Da’wa transforms from a party calling for an islamic state ... to a more secular order.“ Zeitung *Al Sharq al Awsat*, 11. Januar 2009;

<http://www.asharqalawsat.com/details.asp?section=4&article=503304&issueno=11009>

⁷ ebd.

Politiker und Parteien, die bereit sind, den Gedanken einer starken Zentralregierung gegen eine zunehmende Föderalisierung zu unterstützen.⁸ Malikis Liste gewann große Mehrheiten in Bagdad und Basra und erzielte den höchsten Stimmenanteil in Dhi Qar, Qaddisiyah, Maysan, Muthana, Babel, Najaf, Wasit und Diwaniyeh. Auch in Ninewa erreichte die von ihm unterstützte Liste Al Hadbaa eine große Mehrheit. Abgesehen von der Zugkraft seiner Wahlplattform trugen zweifellos auch seine strategische Platzierung von Funktionären der Da'wa-Partei in Regierungsinstitutionen, sein Einfluss auf die Shiite Tribal Support Councils (die *Isnaad* Councils genannten schiitischen Räte für die Unterstützung durch Stämme, die einige von deren Führern für Maliki gründeten⁹) und seine direkte Kontrolle zweier Einheiten der irakischen Sicherheitskräfte (Iraqi Security Forces, ISF) zu Malikis gutem Ergebnis bei.

Eine Verschiebung des politischen Gleichgewichts im schiitischen Lager?

Umgekehrt bezogen Malikis Rivalen im schiitischen Lager beim Wahlgang eine ordentliche Tracht Prügel. Das von dem Kleriker Abdel Aziz al Hakim geführte Islamic Supreme Council of Iraq (früher SCIRI – Supreme Council of the Islamic Revolution in Iraq) ist derzeit die größte Partei im Parlament. Viele halten es für einen Stellvertreter des Iran, und es ist der (ursprünglich den iranischen Revolutionsgarden angehörenden) Badr Organisation angeschlossen, die über einen beträchtlichen Einfluss bei den irakischen Sicherheitskräften (ISF) verfügt. Das ISCI tritt für die Schaffung eines neun Provinzen umfassenden schiitischen Bundesstaates im Süden des Irak ein, was den Schiiten die Kontrolle über die meisten Ölreserven des Landes an die Hand geben würde. Allerdings wurde seine föderalistische Agenda durch das schlechte Abschneiden bei den Provinzwahlen sehr geschwächt – es verlor die Kontrolle über alle Räte, die es

⁸ ebd.

⁹ ICG, *Iraq's Provincial Elections: The Stakes*, Middle East Report 82, 27. Januar 2009

zuvor beherrschte, vor allem in Basra und Bagdad, wo es sehr wahrscheinlich nur noch eine Handvoll Sitze behalten wird. Dieser Verlust geht hauptsächlich darauf zurück, dass sehr viele Iraker der Ansicht sind, das ISCI habe die Provinzen schlecht regiert und sich massenhafter Korruption und Anstiftung zur Gewalt schuldig gemacht. Ein weiteres aufschlussreiches Wahldebakel erlebte die Fadhila-Partei, die „Partei der Tugend“, die in ihrer Hochburg Basra abgestraft wurde und nur mehr 3,2 Prozent der Stimmen bekam, während sie 2005 noch fast die Hälfte auf sich vereinigen konnte. Die von Mohammad al Yacoubi geführte Fadhila befürwortet eine kleine schiitische Föderation aus den drei südlichen Provinzen Basra, Dhi Qar und Maysan und verfügt über eine kleine Miliz. Der frühere, der Fadhila angehörende Gouverneur von Basra war zudem wegen Misswirtschaft und Ölschmuggel angeklagt.

Auch Malikis anderer hauptsächlichlicher Rivale im schiitischen Lager, das von dem Kleriker Muktada Sadr geführte Sadrist Movement, erzielte ein schlechtes Wahlergebnis; es büßte in allen bedeutenden Provinzen Stimmen ein und fiel in den meisten Fällen hinter die Da'wa-Partei und das ISCI auf den dritten Platz zurück. Die Sadristen als Miliz durften nicht an der Wahl teilnehmen, prosadristische Listen konnten jedoch antreten. Auch in der Provinz Karbala kam es zu einem überraschenden Ergebnis; dort schrumpfte das ISCI auf lediglich 6,4 Prozent zusammen – nachdem es 2005 21 von 41 Sitzen gewonnen hatte -, während der unabhängige Kandidat Youssef Haboubi, ein weltlicher ehemaliger Baathist mit dem Ruf, unter dem alten Regime ein effizienter und integerer Verwalter gewesen zu sein, den höchsten Stimmenanteil erreichte und damit einmal mehr die wachsende Bedeutung von Leistung gegenüber Persönlichkeit in der Politik bestätigte.

Die bedeutendsten sunnitischen Gruppen

Der massenhafte Boykott der sunnitischen Araber bei den Provinzwahlen 2005

fürte zu unausgewogenen Räten vor allem in jenen Provinzen, in denen die Sunniten die Mehrheit bilden. Diese (teilweise selbst auferlegte) Absenz der Repräsentation rief in der sunnitisch-arabischen Gemeinschaft Gefühle eines Entzugs von Bürger- oder Wahlrechten und der Ausschließung hervor, die mithalfen, den Terror zu schüren. So führte der Boykott in der überwiegend sunnitisch-arabischen Provinz Ninewah (Hauptstadt: Mossul) zu unverhältnismäßig hohen Gewinnen für die Kurden und andere Parteien. Noch schwieriger war die Situation in Anbar, wo die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung aus sunnitischen Arabern besteht; dort gaben weniger als ein Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme ab. Die Iraqi Islamic Party (IIP, der Moslem-Bruderschaft angeschlossen), die sich als einzige sunnitisch-arabische Partei nicht an dem Boykott beteiligte, war der hauptsächliche Nutznießer; sie hatte 2005 praktisch keinen Gegenkandidaten. Allerdings wurde die IIP der Korruption und des Missmanagements beschuldigt, und ihr Wahlbündnis, die irakische Einheitsfront (Tawafuq), wurde vor der Wahl von Unstimmigkeiten und Spaltung erschüttert. Auch der Aufstieg der Awakening Councils, die den Großteil der Al-Kaida aus Anbar vertrieben, hat sie sehr geschwächt. Die Awakening Councils wurden von lokalen sunnitischen Stämmen gegründet, um die als eine ausländische Herrschaft über die irakischen Sunniten betrachtete Al-Kaida zu bekämpfen, und anfänglich massiv von den Vereinigten Staaten finanziert. Sie konnten jedoch keine einheitlichen Wahllisten erstellen, sondern spalteten sich stattdessen entlang Stammesgrenzen auf. Zudem ließ Maliki in gemischten Provinzen, wo schiitische Parteien gegen die Awakening Councils kandidierten, einige ihrer Führer verhaften.

Demzufolge schnitten beide Gruppen bei den Provinzwahlen 2009 nicht allzu gut ab. Die IIP gewann die meisten Stimmen in den Provinzen Diyala und Salaheddine, allerdings dicht gefolgt von anderen Parteien, die im Falle von Bündnissen in den Räten Mehrheiten bilden könnten. Es spricht für sich, dass sie in den beiden bedeutendsten sunnitisch-arabischen Provinzen Ninewah und Anbar Boden an moderate säkularistische Kräfte verlor. In Ninewah errang die

von Atheel al Najafi geführte und von Maliki unterstützte Hadbaa-Liste die Hälfte der Stimmen; in Anbar erlangte das Iraqi Project Gathering unter Führung des gemäßigten Sunniten Saleh al Mutlaq eine Mehrheit. Bezeichnenderweise erzielten die Awakening Councils ihr bestes Ergebnis in der Provinz Anbar mit 17,1 Prozent. Ihr Führer Ahmed Abu Risha hat seine Bereitschaft angedeutet, mit Mutlaqs Liste eine Allianz gegen die IIP zu bilden. Die Wahlen in Anbar wurden durch Behauptungen von Manipulationen beeinträchtigt; so beschuldigte Abu Risha, der Führer des Awakening Movement in Anbar, die IIP der Wahlbeeinflussung und verlangte eine teilweise Neuauszählung. Angeblich hatten Anhänger der IIP Blanko-Wahlzettel für registrierte Wähler ausgefüllt, die nicht zur Wahl erschienen, und sie in die Urnen geworfen.¹⁰ Stammesführer der Awakening Councils drohten ferner, die Waffen gegen die Regierung und die IHEC zu erheben, falls nichts gegen die angeblichen Wahlmanipulationen der IIP unternommen werde. Abu Risha stellte in Aussicht, das Awakening Council von „einer politischen Institution zu einem bewaffneten Flügel gegen die Wahlkommission und die Iraqi Islamic Party zu verändern“.¹¹ Die IHEC geht derzeit diesen Behauptungen nach, die das Ergebnis der Wahl in Anbar verändern könnten.¹²

Wahlüberwachung und Wahlverstöße

Mehrere lokale irakische Nichtregierungsorganisationen verfolgten die Provinzwahlen 2009; in allen Regionen des Landes waren Beobachter eingesetzt. Die wichtigsten dieser Organisationen waren Iraqi Ein Network¹³,

¹⁰ Leila Fadel, „With tension rising, Iraq will recount ballots in Anbar.“ *Mcclatchy*, 4. Februar 2009; <http://www.mcclatchydc.com/world/story/61484.html>

¹¹ „Awakening Council leaders threaten to bear arms over electoral fraud.“ Zeitung *Aswat Iraq*, 12. Februar 2009; <http://ar.aswataliraq.info/?p=125235>

¹² Ahmad Rashid, „Iraqi electoral fraud: from mere allegations to reality.“ *Middle East Online*, 4. Februar 2009; <http://www.middle-east-online.com/iraq/?id=73439=73439&format=0>

¹³ www.iraqiein.org

Shams Network, Tammuz Network,¹⁴ Hammurabi Network, Humam Network,¹⁵ das Iraqi National Centre for Human Rights Studies and Democratic Development und das Women's Human Rights Centre. Weitere Berichte wurden von den lokalen NGOs Journalist Freedom Observatory¹⁶ und Monitor of Rights and Constitutional Freedom¹⁷ (MRFC) erstellt. Diese Organisationen veröffentlichten in der ersten Woche nach den Wahlen vorläufige Berichte; detaillierte Abschlussberichte folgen in Kürze. Was das Ausmaß und die Art der vorgekommenen Unregelmäßigkeiten anbelangt, stimmen sie weitgehend überein.

Die wichtigsten Beschwerden im Verlauf der Wahl betrafen große Diskrepanzen in vielen Wählerregistern. Dies wurde landesweit beobachtet. Die Namen vieler Wähler fehlten in den Registern von Wahllokalen, so dass sie keine Stimme abgeben konnten, obwohl ihre Namen bei der letzten Wahl vorhanden waren. Inwieweit dieser Umstand ein Problem bezüglich der Integrität der Wahlergebnisse darstellt, bleibt abzuwarten. Yasser Abdul Razzaq von Shams Network zufolge wurden zum Beispiel in Ninewah fünfzehn Prozent der Wähler aus den Wahllokalen gewiesen, weil sie nicht registriert waren.¹⁸ Angesichts der fast drei Millionen Binnenflüchtlinge stellte schon der Registrierungsprozess ein nicht unerhebliches Problem dar. Innerhalb des Landes Vertriebene, die nicht in der Lage waren, an den Ort ihrer ursprünglichen Registrierung zu gelangen, mussten erst in einem komplizierten Prozess ihre Unterlagen aktualisieren lassen, bevor sie spezielle Wahllokale aufsuchen konnten. Trotz einer von der IHEC vor der Wahl eigens zu diesem Punkt durchgeführten Kampagne gelang dies nur etwa 63.000 Wählern, und angeblich wurden sogar von diesen viele an den Wahllokalen abgewiesen. In der Provinz

¹⁴ www.tammuz.net

¹⁵ "Humam Network: Overall conduct of elections acceptable." Zeitung *Aswat Iraq*, 1. Februar 2009; <http://ar.aswataliraq.info/?p=125012>

¹⁶ <http://www.jfoiraq.org/>

¹⁷ www.iraqimrhc.org

¹⁸ "Ninewah electoral commission receives 45 electoral complaints." Zeitung *Aswat Iraq*, 4. Februar 2009; <http://ar.aswataliraq.info/?p=125536>

Diyala zum Beispiel wurde behauptet, viele schiitische und kurdische Flüchtlinge seien nicht korrekt registriert worden und hätten somit nicht wählen können, und die Kurdistan Alliance beschuldigte die IHEC, sie habe 16.000 kurdischen Familien die Möglichkeit zu wählen vorenthalten. Viele Menschen konnten auch deshalb nicht wählen, weil zahlreiche Wahllokale weitab von Wohngebieten lagen und vom Vortag noch ein Fahrverbot bestand. Die relativ geringe Wahlbeteiligung von 51 Prozent mag zum Teil auch solchen Fehlern zugeschrieben werden.

Lokale Beobachter stellten ferner fest, dass Wahlplakate in enger Nachbarschaft zu vielen Wahllokalen aufgehängt waren und die Lautsprecher von Moscheen zu Wahlkampfzwecken benutzt wurden (am Wahltag noch Wahlkampf zu machen, ist gesetzlich verboten). Das Wahlgeheimnis wurde in den meisten Lokalen beachtet, und die Wähler waren keinem Druck oder Drohungen von Parteifunktionären ausgesetzt. Vor allem wurden in unmittelbarer Nähe der meisten Wahllokale keine Milizen oder bewaffneten Personen beobachtet. Es kam allerdings zu Fällen von Gruppen- oder Familienwahl, das heißt, eine Person gab die Stimmen für ihre ganze Familie oder den ganzen Stamm ab, oder Wähler betraten gruppenweise eine Kabine und wählten gleichzeitig. Überdies verhielten sich eine Anzahl von Wahlhelfern nicht unparteiisch, sondern warben für bestimmte Gruppen. Auch Beteiligungen von Sicherheitsbeamten und IHEC-Funktionären am Wahlkampf wurden beobachtet. Ferner wurden Kandidaten und politische Gruppen wegen der Verwendung öffentlicher Gelder für ihren Wahlkampf kritisiert. Journalistic Freedoms Observatory (JFO; <http://www.jfoiraq.org/>), eine irakische NGO, die sich auf Zuwiderhandlungen gegen Journalisten spezialisiert hat, gab am 31. Januar eine Presseerklärung heraus, in der darauf hingewiesen wurde, dass es bei den irakischen Medien in den drei Tagen vor der Wahl zu 75 Belästigungen oder Verhaftungen durch Offiziere der irakischen Armee und der Polizei kam. Das JFO berichtete ferner von einigen Vorfällen, bei denen Kräfte der US-Armee Journalisten schikaniert und ihre Bewegungsfreiheit eingeschränkt hatten.

Diese Berichte legen nahe, dass, obwohl Zuwiderhandlungen erfolgten und obwohl es Diskrepanzen bei den Wählerregistern gab und wegen Problemen bezüglich der Binnenflüchtlinge Tausende Iraker nicht wählen konnten, diese Missstände im Großen und Ganzen nicht auf organisierten Betrug und Wahlmanipulation hinauslaufen.

Vor der Wahl dokumentierten lokale irakische Zeitungen mehrmals zahlreiche Vorfälle von Bestechung und Stimmenkauf. Diese Berichte basierten auf Interviews mit Irakern vor allem in Bagdad, aber auch in anderen Provinzen. Bestechungen erfolgten offenbar in Form von Decken, Nahrungsmitteln, Haushaltsgegenständen, Kühlschränken, Kleidung, Restaurantcoupons, Terminkalendern, Karten für Mobiltelefonen und Bargeld. Als Gegenleistung wurde verlangt, auf den Koran zu schwören, dass man für die jeweilige Partei oder Liste stimmte (Parteifunktionäre fotografierten die Übergabe des Bestechungsguts und den Eid auf den Koran).¹⁹ Derartige Praktiken stellen zwar ernsthafte Verstöße dar, doch man sollte anmerken, dass sie offenkundig schwer zu verifizieren und zu dokumentieren sind, sowohl für Wahlbeobachter vor Ort als auch für die Wahlkommission selbst.

Evaluation

Verschiebung von konfessioneller Rhetorik zu nationalen Plattformen

Wie bereits erwähnt, interpretieren viele Analysten vor Ort die Resultate als einen Hinweis darauf, dass im Irak konfessionelle Spannungen nachlassen, weil die Wähler die Hardliner-Rhetorik der islamischen Parteien, die die Aspirationen

¹⁹ "Iraqi elections: sectarian politicians increase corruption and bribery." *Middle East Online*, 25. Januar 2009; <http://www.middle-east-online.com/iraq/?id=73006=73006&format=0> Siehe auch: Sabah Hassem, "Campaign corruption increases citizens' fears: vote-buying is evidence of evasion and political bankruptcy." *Al Anbaa*, 29. Januar 2009; <http://www.annabaa.org/nbanews/72/814.htm>

der irakischen Bürger größtenteils nicht erfüllten, zurückgewiesen haben.²⁰ Das Ergebnis „ist nicht eine Wendung gegen die Religion, sondern eine Reaktion auf die Versprechungen, die auf der Basis konfessioneller Identität gemacht wurden“.²¹ Umgekehrt scheinen die von Premierminister Nouri Al-Maliki repräsentierte Agenda einer Stärkung der zentralen Gewalt des Staates und seiner Institutionen sowie eine nationale Identität über ethnische und konfessionelle Spaltungen hinweg für viele Iraker anziehend zu sein, die der willkürlichen Macht lokaler Herrscher und ihrer Milizen überdrüssig sind. Der Beinahe-Kollaps des Staates hat dessen Wert vielen deutlich vor Augen geführt. Wenn sich dieser Trend bei den für Ende 2009 geplanten Parlamentswahlen fortsetzt, kann das für einen stabileren Irak und die Rehabilitierung seines politischen Systems nur Gutes verheißen.

Große Herausforderungen bleiben jedoch bestehen. In der Zeit nach der Wahl wird sich erweisen müssen, ob die Verlierer ihre Niederlage und die Autorität der als Sieger hervorgegangenen Koalitionen akzeptieren. So rechnet etwa Ghassan Attiyeh, der Direktor des Irakischen Instituts für Entwicklung und Demokratie, damit, dass das ISCI als Vergeltung für seine substanziellen Verluste zu Gewalt greifen könnte.²² Unterstützung für einen vereinten Irak und Übertragung föderalistischer Agenden – das mag an und für sich gut klingen, doch kann es ethnische Sentimentalitäten bei kurdischen Irakern wecken, die ihren semi-unabhängigen Staat, den sie im Verlauf der letzten beiden Jahrzehnte etabliert haben, nur ungern wieder aufgeben werden. Zunehmende Spannungen bezüglich der Übertragung der Macht zwischen den unterschiedlichen Machtebenen und die exakte Umsetzung der einschlägigen Artikel der irakischen Verfassung könnten den politischen Prozess entgleisen lassen. Schlimmstenfalls kann der Irak zu dem entkräftenden Zustand zurückkehren, dass Regierungen in Bagdad versuchen – und nur selten mit Erfolg –, sich mit Zwangsmaßnahmen

²⁰ „Analyst: Elections highlight the diminishing of sectarian tension.“ *Aswat Iraq*, 2. Februar 2009; <http://ar.aswataliraq.info/?p=125028>

²¹ Mohammad Abbas, „Maliki sets course for secular rule in Iraq.“ *Middle East Online*, 5. Februar 2009; <http://www.middle-east-online.com/?id=73494>

²² ebd.

gegen die separatistischen Tendenzen ihrer kurdischen Bürger zu behaupten, wie es seit der Gründung des Staates überwiegend der Fall gewesen war. Kurzfristig mögen Malikis Erfolge seine Gegner veranlassen, im Vorfeld der Parlamentswahlen eine starke Opposition zu bilden, möglicherweise, indem sie eine Koalition aus föderalistischen Parteien schmieden – etwa aus ISCI, Fadhila und Kurdistan Alliance.²³ Zu beachten ist ferner, dass die Wahlbeteiligung mit 51 Prozent nicht sehr hoch war und die von Malikis Gegnern erlittenen Verluste bei den Parlamentswahlen zu einer wesentlich höhere Wahlbeteiligung führen könnten.

Herausforderungen nach der Wahl

Auch die neuen Räte sehen sich in den kommenden Monaten vor immense Herausforderungen gestellt; die vordringlichste ist, die Wahlversprechen der Rule-of-Law-Koalition einzulösen, den Menschen im Irak essenzielle Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen und die Korruption auszumerzen - keine Kleinigkeit in einem Land, das als das drittkorrupteste der Welt eingestuft ist.²⁴ Überdies hat Maliki, der aus seinem Erfolg bei den Provinzwahlen vermutlich Nutzen schlagen und bei den Parlamentswahlen Ende 2009 ähnlich gut abschneiden will, nicht viel Zeit, in den Räten, in denen die Koalition eine Mehrheit errang, erkennbare Resultate zu erreichen. Die Bürger des Irak, die nach allem, was man hört, des immensen Ausmaßes der Korruption überdrüssig sind, erwarten zweifellos rasche Veränderungen.

Sehr wahrscheinlich werden die neuen Räte mit Sicherheitsbeamten der Provinzen zu tun haben, die loyal zu den Parteien stehen, die die vorherigen

²³ "Expert analysis: Iraqi elections are a sign of optimism." *Al Sharq*, 2. Februar 2009; http://www.al-sharq.com/PrintPage.aspx?xf=2009,February,article_20090202_16&id=worldtoday&sid=arabworld

²⁴ Corruption Perceptions Index 2008; http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2008

Räte beherrschten. In Ninewah könnte zum Beispiel ein Konflikt zwischen Kurden und Arabern drohen. Die Kurdistan Alliance, die die Provinzwahlen 2005 (aufgrund des arabischen Boykotts) mit überwältigender Mehrheit gewann, nutzte ihre Position, um die Kontrolle über den Sicherheitsapparat zu erlangen und ihre Agenda voranzutreiben. Doch die Sieger von 2009, die sunnitische Hadbaa-Liste, setzte sich für die Auflösung der kurdischen Peshmergas in Ninewah ein.²⁵ Der neue Rat in Basra könnte Probleme mit den vom ISCI beherrschten Sicherheitskräften der Provinz bekommen, und auch mit der Tatsache, dass die Fadhila-Partei dem Vernehmen nach die Ölindustrie in Basra kontrolliert.²⁶ Beide Parteien erlitten bei den Wahlen schwere Verluste und werden nicht bereit sein, Positionen aufzugeben, die ihre föderalistischen Zielsetzungen unterstützen.

Der Irak und sein Wahlprozess

Trotz aller administrativer Unregelmäßigkeiten und diverser Unzulänglichkeiten der IHEC wurden die Wahlen von Irakern und ohne ein signifikantes Eingreifen der Besatzungsmächte durchgeführt. Die meisten Zeitungen und Fernsehsender des Landes brachten einen gewissen Stolz auf den relativ glatt verlaufenen Wahlprozess zum Ausdruck, vor allem bezüglich der Sicherheit. Der Erfolg der irakischen Armee und Polizei bei der Aufrechterhaltung der Sicherheit erleichtert es womöglich der neuen US-Regierung, auf einen rascheren Rückzug aus dem Irak zu drängen. Allerdings ist die bloße Tatsache, dass derartige Sicherheitsvorkehrungen zu treffen waren und Armee und Polizei des Landes in solcher Stärke aufgeboten werden mussten – es war gar von „Wahlen hinter Stacheldraht“ die Rede - auch ernüchternd und zeigt, wie schutzbedürftig die

²⁵ Sam Dagher, "Fractions in Iraq City as Kurds and Arabs Vie." 27. Oktober 2009; http://www.nytimes.com/2008/10/28/world/middleeast/28mosul.html?_r=2&fta=y&pagewanted=all

²⁶ ICG, *Iraq's Provincial Elections: The Stakes*, Middle East Report 82, 27. Januar 2009; <http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=5883&l=1>

Demokratie im Irak weiterhin ist.²⁷

Doreen Khoury ist Programm-Managerin im Beiruter Büro der Heinrich-Böll-Stiftung. Davor arbeitete sie als Forschungsleiterin und Wahlexpertin am Lebanese Center for Policy Studies; 2004 bis 2006 war sie verantwortliche Direktorin von LADE.

Übersetzung: Heinz Tophinke

²⁷ "Expert analysis: Iraqi elections are a sign of optimism." *Al Sharq*, February 2nd 2009; http://www.al-sharq.com/PrintPage.aspx?xf=2009,February,article_20090202_16&id=worldtoday&sid=arabworld